

Andrea Rotter

Wider alte Muster

Anforderungen an Deutschland im Zuge des verschärften Ungleichgewichts in den transatlantischen Beziehungen



Der Ukraine-Krieg unterstreicht die Rolle der USA als unverzichtbarer Garant für die europäische Sicherheit. Die verstärkte strategische Abhängigkeit Europas von den USA und die Arbeitsteilung nach alten Mustern forcieren das Ungleichgewicht in den transatlantischen Beziehungen weiter. Zugleich haben sich in Folge des Krieges Europas Probleme in der Verteidigungskooperation verstärkt – allesamt Entwicklungen, die einen Status quo aufrechterhalten, der angesichts zukünftiger Anforderungen an die transatlantische Kooperation nicht länger tragbar ist. Es bedarf einer Neujustierung der Partnerschaft, die vor allem Deutschland in die Pflicht nimmt. Mit Blick auf die US-Präsidentenwahlen 2024 und die Entwicklungen im Indo-Pazifik könnte sich das Zeitfenster jedoch schnell schließen.

- Kurzfristig kann Europa aufgrund der Debatte in den USA gezwungen sein, Kürzungen von US-Unterstützungsleistungen an die Ukraine zu kompensieren. Insbesondere auf republikanischer Seite wachsen Bedenken über Amerikas tragende Rolle. Der Präsidentschaftsvorwahlkampf wird die Burden-Sharing-Debatte verstärken.
- Mittel- bis langfristig ist es aufgrund von Amerikas Schwerpunktverlagerung auf den Indo-Pazifik unabdingbar, den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken. Dies beinhaltet einen größeren Beitrag zur Abschreckung und kollektiven Verteidigung sowie die Befähigung, mehr Eigenverantwortung in Europas südlicher Peripherie zu übernehmen.
- Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland
 - sich kritischen Debatten mit den USA stellen und den nachhaltigen Austausch mit amerikanischen Entscheidungsträgern intensivieren.
 - seine strategische Kommunikation verbessern sowie Pläne für eine ausgewogene Lastenteilung präsentieren.
 - seine Schlüsselrolle in der europäischen Sicherheit wahrnehmen und mit ausreichend politischem Willen und militärischen Kapazitäten realisieren.
 - darauf hinwirken, Europas konventionellen Verteidigungsbeitrag in der euro-atlantischen Zusammenarbeit zu stärken – European Strategic Responsibility kann hier neue Impulse geben.
 - den Abbau von Kooperationshemmnissen in der gemeinsamen Verteidigungsplanung und -beschaffung der EU forcieren – mit Hilfe der USA.



1. Einführung

„Wenn es um den Aufbau einer eigenen Verteidigung geht, hat Europa gekniffen“ – konstatiert Steven Erlanger in der New York Times im Nachgang zur „Panzerdebatte“, die den transatlantischen Diskurs zu Beginn 2023 bestimmt hatte und sinnbildlich für Europas fehlende Führungs- und Handlungsfähigkeit ohne die USA steht, wenn es um die Gewährleistung europäischer Sicherheit geht. Allen ambitionierten Plänen der Europäischen Union zum Trotz – Charles Michel hatte 2022 zuvor noch zum „Jahr der europäischen Verteidigung“ erklärt – belebt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die NATO als zentrales Verteidigungsbündnis. Die Notwendigkeit von Abschreckung und

Die USA erwiesen sich unter Präsident Joe Biden abermals als unentbehrliche Führungsnation für die europäische Sicherheit.

kollektiver Bündnisverteidigung ist so deutlich wie lange nicht. In Berlin wurde als Reaktion auf die Invasion die „Zeitenwende“ eingeläutet. Die Panzerdebatte unterstreicht jedoch, dass Deutschland ein Jahr später immer noch vom Anspruch, ein „Garant europäischer Sicherheit zu werden, so wie es unsere Verbündeten von uns erwarten“, weit entfernt ist.¹ Zwar mag mancher Beobachter in Deutschland die Konditionierung durch Bundeskanzler Olaf Scholz, der Ukraine deutsche Leopard 2-Kampfpanzer nur im Falle amerikanischer Abrams-Panzerlieferungen zur Verfügung zu stellen, als diplomatisches Geschick werten, nachdem die USA die Lieferung ihrer Panzer zusicherten. Unter unseren Verbündeten führte Deutschlands zögerliche Haltung jedoch in erster Linie zu Frustration. Stattdessen erwiesen sich die USA unter Präsident Joe Biden abermals als unentbehrliche Führungsnation für die europäische Sicherheit. Nach den transatlantischen Spannungen durch AUKUS und dem unkoordinierten Abzug aus Afghanistan zu Beginn der Biden-Administration haben sich die USA im Zuge des Krieges eng mit ihren europäischen Verbündeten abgestimmt und Führungsverantwortung übernommen: sei es politisch beim Schmie-

den und Bewahren einer einheitlichen Position der Alliierten gegenüber Russland oder durch ihr verstärktes Engagement im Rahmen der NATO und der Bereitstellung von Unterstützungsleistungen für die Ukraine.

Vor dem Hintergrund der vier kritischen Jahre unter Präsident Donald Trump ist die aktuelle euroatlantische Geschlossenheit und Zusammenarbeit sicherlich als grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings verstärkt der Krieg europäische Abhängigkeiten von den USA und forciert somit einen Status quo, der durch ein starkes Ungleichgewicht in der Lastenverteilung charakterisiert ist und angesichts der zukünftigen Anforderungen an die transatlantische Kooperation in dieser Form nicht länger tragbar ist. Innenpolitische Faktoren und strategische Überlegungen in den USA sprechen dafür, dass sich die Forderungen nach einem ausgewogenen Burden-Sharing von amerikanischer Seite intensivieren werden und Europa seinen Beitrag für die europäische Sicherheit deutlich steigern muss. Deutschland kommt bei der Neujustierung der europäischen Verteidigung und transatlantischen Partnerschaft eine Schlüsselrolle zu, die es realisieren muss – um die Unterstützung der Ukraine aufrechtzuerhalten, das Abschreckungsdispositiv gegenüber Russland zu erhöhen und letztendlich die USA weiter an die europäische Sicherheit zu binden.

2. Alte Muster: Europas gestiegene Abhängigkeit von den USA

Mit Blick auf die letzten Monate muss nüchtern konstatiert werden, dass Europas strategische Abhängigkeiten von den USA und somit die Asymmetrie in den transatlantischen Beziehungen in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine deutlich gestiegen sind. Anstelle einer Transformation von Europas Verteidigungszusammenarbeit werden erneut alte Muster der euroatlantischen Zusammenarbeit evident.

Zum einen ist die politische Führungsrolle der USA nicht zu leugnen, die in Präsident Bidens Reise nach Kiew und seiner Warschau-Rede im Februar 2023 symbolisch gipfelte. Bereits im Vorfeld der Invasion gelang es der Biden-Administration, durch das beispiellose Teilen von Geheimdienstinformationen

Moskaus Pläne offenzulegen und damit russische Vorwände und Desinformationskampagnen zu entkräften. Zwar vermochte diese Transparenz-Strategie den russischen Angriffskrieg nicht zu verhindern, doch half sie bereits vor Kriegsbeginn Verbündete zu vereinen und eine breite Koalition für die nachfolgenden Maßnahmen zu schmieden. Ähnlich verhält es sich mit der Verhängung und Koordination von Sanktionen gegen Russland durch die US-Administration mit den europäischen Verbündeten.

Zum anderen haben die USA ihren militärischen Fußabdruck in Europa unmittelbar vor und infolge des Krieges deutlich erhöht und bilden somit nach wie vor das militärische Rückgrat der NATO und ihrer strategischen Neuausrichtung. So veranlasste die Biden-Administration u.a. die Einrichtung eines permanenten Hauptquartiers für das 5. Army Corps in Polen, die Verlegung zweier zusätzlicher F-35-Kampfbomber-Geschwader nach Großbritannien, die Aufstockung der US-Zerstörer in Spanien von vier auf sechs sowie die Stationierung weiterer US-Truppen zur Sicherung der NATO-Ostflanke (u.a. in Rumänien) und zusätzlicher Luftverteidigungssysteme in Deutschland und Italien. Insgesamt haben die USA ihre Truppenpräsenz in den letzten Monaten um 20.000 Soldatinnen und Soldaten auf 100.000 Streitkräfte in Europa aufgestockt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten antworteten durchaus mit einer bis dato ungekannten Einigkeit auf Russlands Aggression, indem sie relativ schnell eine Reihe von Sanktionspaketen verabschiedeten und der Ukraine umfangreiche Unterstützungsleistungen zusagten. Bislang hat die EU zehn Sanktionspakete geschnürt und eine EU-Ausbildungsmission (EU Military Assistance Mission, EUMAM Ukraine) für 30.000 ukrainische Streitkräfte in EU-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen. Darüber hinaus hat sich die EU auch als nennenswerter sicherheitspolitischer Akteur profiliert: In insgesamt acht Tranchen stellt die EU im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility, EPF) bis heute €4,6 Mrd. zur Verfügung, um Mitgliedstaaten die Kosten für militärische Hilfsgüter zu erstatten, die sie der Ukraine zur Verfügung stellen. Hinzu kommen individuelle Beiträge europäischer Staaten von unterschiedlicher Größe.

Vergleicht man die europäischen Leistungen auf EU- und nationalstaatlicher Ebene mit der Unterstützung aus den USA, wird jedoch offensichtlich, dass die westliche Koalition dem üblichen Muster folgt: „[T]he US leads, the EU follows“.³ Gemessen an den zugesagten Leistungen hatten die USA im vergangenen Jahr deutlich vorgelegt, ehe die europäischen Staaten und die EU nach-

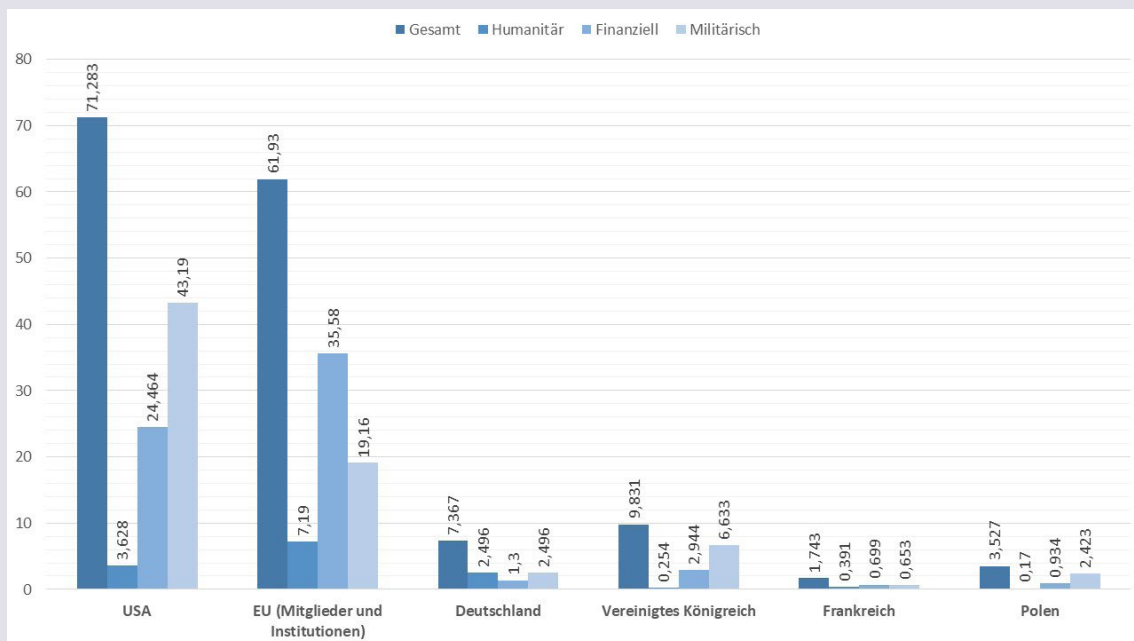


Abbildung 1:
Zugesagte Unterstützungsleistungen in Mrd. EUR²

	Gesamt in Mrd. EUR	Anteil am BIP in %	Rang im Vergleich
Lettland	0,388	1,241	1
Estland	0,313	1,100	2
Litauen	0,486	0,926	3
Norwegen	2,352	0,700	4
Polen	3,527	0,637	5
Vereinigtes Königreich	9,831	0,384	8
USA	71,283	0,367	10
Deutschland	7,367	0,206	18
Frankreich	1,743	0,071	24

Abbildung 2:Unterstützungsleistungen gemessen am BIP⁴

zogen und die USA zeitweilig sogar übertrafen. Laut der aktuellsten Aufstellung des Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft belief sich die Summe aller Unterstützungsleistungen bis zum 24. Februar 2023 auf ca. €71,28 Mrd. auf Seiten der USA und rund €61,93 Mrd. auf Seiten der EU-Mitgliedstaaten und Institutionen (siehe Abb. 1). Das macht die USA zum größten bilateralen Unterstützer der Ukraine, der die EU samt ihrer 27 Mitglieder übertrifft. Aus der Aufstellung geht zudem hervor, dass die USA ganz klar die Führungsrolle in den militärischen Unterstützungsleistungen (€43,19 Mrd.) im Vergleich zu Europa (€19,16 Mrd.) übernommen haben. Trotz der eigentlichen geografischen Nähe des Krieges für Europäer verstetigt sich abermals die klassische Arbeitsteilung im transatlantischen Verhältnis zwischen „harten“ militärischen Leistungen von Seiten der USA und „soften“ finanziellen und humanitären Beiträgen der europäischen Partner.

Im innereuropäischen Vergleich rangiert Deutschland in absoluten Zahlen auf dem zweiten Platz nach dem Vereinigten Königreich, das allerdings mehr als doppelt so viel an militärischer Unterstützung geleistet hat. Setzt man die Unterstützungsleistung verschiedener Länder ins Verhältnis zur wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Landes, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), so wird ersichtlich, dass Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land in Europa gegenüber den baltischen Staaten und Polen deutlich zurückliegt (siehe Abb. 2).

3. Notwendige Neujustierung der transatlantischen Kooperation

Nachdem Präsident Donald Trump den Abzug der USA aus der NATO angedroht und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Allianz bereits als „hirntot“ bezeichnet hatte, verleiht der Ukraine-Krieg der NATO und der transatlantischen Sicherheitskooperation neue Relevanz. Diese wiedergewonnene euro-atlantische Geschlossenheit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Defizite und altbekannte Streitpunkte weiterbestehen. Während in Deutschland die Frage nach der Verlässlichkeit der USA im Bündnisfall diskutiert wird, wird in den USA die Kritik am gewachsenen Ungleichgewicht innerhalb des Bündnisses lauter.⁵ Innenpolitische Faktoren sowie strategische Überlegungen in den USA werden zu einer intensiveren Debatte über Amerikas Engagement und Europas Rolle im Kontext des Krieges führen, die eine Neujustierung der Zusammenarbeit erfordert.

3.1 „Republican civil war on foreign policy“ – innenpolitische Faktoren in den USA

Wie in der letzten State of the Union Address von Joe Biden am 7. Februar 2023 bereits angedeutet wurde, wird sich die Debatte

in Washington in den kommenden Monaten vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen 2024 zunehmend auf innenpolitische Themen wie die Entwicklung von Wirtschaft und Inflation oder die Problematik illegaler Migration fokussieren. Außenpolitische Fragestellungen rangieren für Wählerinnen und Wähler deutlich niedriger auf der Prioritätenliste.⁶ Darüber hinaus ist der innenpolitische Handlungsspielraum für die Biden-Administration durch die Zwischenwahlen im November 2022 stark eingeschränkt. Seit Jahresbeginn sieht sich die Administration mit einer republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus konfrontiert, die gerade mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen versuchen wird, Bidens innenpolitische Agenda zu torpedieren. Es ist unwahrscheinlich, dass es der Biden-Administration gelingen wird, überparteiliche Kompromisse für große Gesetzesvorhaben zu erlangen. Eine innenpolitische Paralyse, die sich bereits bei der Debatte um den Staatshaushalt und eine Anhebung der Schuldenobergrenze andeutet, ist nicht auszuschließen.

Mit Blick auf Amerikas Außenpolitik und seinen Beitrag zur europäischen Sicherheit ist durch das *divided government* zunächst kein tiefgreifender Kurswechsel zu erwarten. Das liegt vor allem daran, dass trotz der politischen Polarisierung auf dem Capitol Hill bislang großer überparteilicher Konsens über die Notwendigkeit vorherrscht, die Ukraine im Krieg gegen Russland zu unterstützen. Seit Beginn der russischen Invasion bewilligte der Kongress rund \$113 Mrd. an Hilfgeldern und militärischer Unterstützung für Kiew und Verbündete.

Allerdings deuten sich erste Risse in dieser Einigkeit an, vor allem im republikanisch dominierten Repräsentantenhaus, das in Haushaltsfragen eine wesentliche Rolle einnimmt. So gehört der knappen Mehrheit von House Speaker Kevin McCarthy auch eine Minderheit Trump-treuer Abgeordneter um Marjorie Taylor Green und Matt Gaetz an, die alle erklärten, weitere Hilfen an die Ukraine abzulehnen. McCarthy selbst sprach sich dagegen aus, der Ukraine einen „Blankoscheck“ auszustellen, und kündigte deutlich mehr parlamentarische Kontrolle an. Im demokratisch geführten Senat scheint der überparteiliche Konsens für die fortdauernde Unterstützung der Ukraine ungebrochen. Jedoch gibt es auch innerhalb der Demokratischen Partei,

nämlich im Progressive Congressional Caucus, Skeptiker hinsichtlich der amerikanischen Waffenlieferungen, die den Kurs der Administration bislang aber mittragen.

Die wachsenden Bedenken über die Kosten von Amerikas Unterstützung für die Ukraine zeichnen sich bereits in aktuellen Kongressanhörungen ab und könnten es der US-Regierung ab Herbst erschweren, die notwendige Genehmigung für die Auffüllung ihrer Militärhilfekonten zu erhalten.



Militärische Unterstützungsleistungen der USA

Seit Kriegsbeginn hat die Biden-Administration mehr als \$35,1 Mrd. an militärischen Unterstützungsleistungen getätigt. Die Hilfen stammen aus verschiedenen Militärhilfekonten, deren Umfang vom Kongress bewilligt wird. Dazu gehören u.a.:

- **Presidential Drawdown Authority (PDA)**, die den Präsidenten befähigt, in Notfällen Verteidigungsgüter ohne Zustimmung des Kongresses aus Beständen des US-Militärs zu transferieren. Seit August 2021 hat die Biden-Administration so 35-mal Waffenlieferungen von ca. \$20,4 Mrd. an die Ukraine freigegeben.
- **Ukraine Security Assistance Initiative (USAI)** des Verteidigungsministeriums, bei der Fähigkeiten direkt bei der Industrie beschafft werden. Seit 2022 hat die Biden-Administration die USAI 10-mal in Anspruch genommen, um ca. \$10,1 Mrd. an Unterstützung bereitzustellen.
- **Foreign Military Financing (FMF)**: finanzielle Mittel, die die US-Administration verwendet, um die Lagerbestände von NATO-Verbündeten aufzufüllen, die eigene Ausrüstung direkt an die Ukraine geliefert haben.

Quelle:

„U.S. Security Cooperation with Ukraine“ (2023), in: U.S. Department of State, <https://www.state.gov/u-s-security-cooperation-with-ukraine/>, Stand: 18.4.2023.

Neben Rufen nach mehr Rechenschaftspflicht über die Höhe und Verwendung amerikanischer Leistungen mehren sich Stimmen, die Gelder lieber für innenpolitische Maßnahmen (z.B. Ausbau der US-Infrastruktur, militärische Modernisierung, Grenzschutz) zu verwenden. In diesem Kontext wird auch die Asymmetrie im transatlantischen Gefüge kritisiert: Europas geringere Unterstützungsleistungen bestärken die in Washington verbreitete Ansicht von Europas Trittbrettfahrerei unter dem Schutzschirm der USA und unterminieren die Argumentationsgrundlage von Präsident Biden in der heimischen Debatte. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Unterstützungsbereitschaft vermehrt an militärische Erfolge Kiews geknüpft wird. Je länger die gegenwärtige Pattsituation im Abnutzungskrieg zwischen Russland und der Ukraine andauert und entscheidende Fortschritte ausbleiben, desto stärker wird das Lager der Skeptiker im Kongress werden und Amerikas Beiträge potenziell schmälern.

Blickt man auf die kommenden Monate, so wird der Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2024 den öffentlichen Diskurs in den USA prägen.

Blickt man auf die kommenden Monate, so wird der Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2024 den öffentlichen Diskurs in den USA prägen. In diesem Kontext ist die Rolle von Ex-Präsident Donald Trump nicht zu unterschätzen, der nach wie vor als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der Grand Old Party (GOP) gilt. In äußerst kritischer Manier äußert sich Trump über Joe Bidens Ukraine-Strategie und stellt ein Ende der amerikanischen Unterstützungsleistungen in Aussicht, sollte er erneut ins Weiße Haus einziehen. Ron DeSantis, Gouverneur von Florida und potenziell stärkster Gegenkandidat von Donald Trump, schlägt in eine ähnliche Kerbe, indem er das Blankoscheck-Narrativ wiederholt, Amerikas nationale Interessen in der Ukraine in Frage stellt und die Bedrohung durch Russland für die USA und NATO-Verbündete relativiert. Flankiert werden solche Argumente von Personen wie dem ehemaligen FoxNews-Moderator

Tucker Carlson, der im Schnitt ein drei Millionen Publikum erreichte und offen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin sympathisiert.

Während derartige Meinungen zuletzt noch von einem deutlichen gesellschaftlichen Konsens über die Natur des Krieges und Amerikas Unterstützung übertönt wurden, weisen Befragungen auf eine wachsende Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung hin. Zwar wird Präsident Bidens Agieren im Zuge des russischen Angriffskrieges noch mehrheitlich positiv bewertet (43 % gegenüber 34 %, die unzufrieden mit der Administrationslinie sind). Jedoch sind einer jüngsten Umfrage des Pew Research Centers zufolge inzwischen rund 26 % der Amerikanerinnen und Amerikaner der Meinung, die USA leisteten *zu viel* Unterstützung für die Ukraine.⁷ Dies entspricht einem Zuwachs von 19 % im Vergleich zu März 2022. Rund ein Drittel der Bevölkerung hält die Unterstützungsleistungen nach wie vor für angemessen, allerdings ist der Anteil derer, die mehr Engagement befürworten würden, von 42 % im vergangenen Frühjahr auf 20 % im Januar 2023 gefallen. Die geringen Zustimmungsraten lassen sich vor allem auf die Anhänger der GOP zurückführen, die das Ausmaß an Unterstützungsleistungen inzwischen deutlich kritischer sehen. Zwar gibt es auch unter Demokraten eine zunehmende Skepsis, doch fällt diese bei Weitem geringer aus. Ähnliche Unterschiede herrschen auch in der Wahrnehmung Russlands als ernsthafte Bedrohung für die USA vor: Lediglich 29 % der GOP-Anhänger sehen Russland als ernsthafte Bedrohung für amerikanische Interessen, bei demokratisch tendierenden Befragten sind es 43 %.

Diese Ergebnisse verweisen u.a. auf das Erstarken neoisolationistischer Kräfte in den USA, während das Lager traditioneller Internationalisten in Politik und Gesellschaft schrumpft. Zwar wurden viele der von Trump unterstützten Kandidaten bei den Zwischenwahlen abgestraft. Jedoch sollte der ehemalige Präsident, dessen politisches Leitbild „America First“ im starken Kontrast zur US-Außenpolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges steht, nicht als Ursache, sondern als Symptom und Katalysator einer bereits länger andauernden Neubewertung von Amerikas Rolle in der Welt angesehen werden. Insbesondere unter Republikanern erodiert die Reagan-Haltung aus der Zeit des Kalten Krieges, die Amerikas internationales Engagement und

Führungsrolle als notwendig erachtete, zugunsten einer eng auf nationale Interessen fokussierten, außenpolitischen Zurückhaltung. Beobachter sprechen von einem regelrechten „Republican civil war on foreign policy“, der sich u.a. in einer starken Diskrepanz zwischen den gewählten Parteispitzen wie dem Minderheitsführer im Senat, Mitch McConnell, der ein Verfechter der amerikanischen Ukraine-Hilfen ist, und der Wählerbasis widerspiegelt.⁸ Doch die Präferenz für außenpolitische Zurückhaltung beschränkt sich nicht allein auf die GOP. In einer Umfrage der Eurasia Group Foundation zu den außenpolitischen Präferenzen der wahlberechtigten Bevölkerung spricht sich die Mehrheit (44 %) dafür aus, dass sich die amerikanische Außenpolitik weniger um die Verbreitung der Demokratie im Ausland als vielmehr um deren Schutz im eigenen Land kümmern sollte – im Gegensatz zu 33 %, die der Ansicht sind, die USA hätten die moralische Verpflichtung und ein nationales Interesse daran, die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten.⁹ Europa muss sich folglich darauf einstellen, dass Präsident Bidens „traditioneller“ Außenpolitik-Ansatz diese Trends nicht umkehren wird.

3.2 *Sense of Urgency – Amerikas strategische Prioritäten*

Neben innenpolitischen Faktoren bestimmen Amerikas strategische Prioritäten angesichts der geopolitischen Entwicklungen die Zukunft der transatlantischen Sicherheitskooperation. Nicht umsonst wird Joe Biden als vermutlich letzter ausdrücklich „transatlantischer“ US-Präsident bezeichnet. Denn spätestens seitdem Präsident Barack Obama 2011 einen „pivot to Asia“ forcierte, ist der strategische Fokus der USA auf den Indo-Pazifik gesetzt. Die Trump-Administration¹⁰ etablierte das Konzept der Großmachtrivalität mit China und Russland als zentrales Leitbild der US-Außenpolitik und auch die Biden-Administration führt diese Ausrichtung fort, wenn auch in den größeren Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Autokratien eingebettet.¹¹

In der National Security Strategy vom Oktober 2022 erklärt die Biden-Administration die „post-Cold War era“ für beendet und definiert zwei zentrale, simultane Herausforderungen für die USA:¹² einerseits der Wettbewerb zwischen Großmächten um die

Neugestaltung der Weltordnung, andererseits eine Reihe grenzüberschreitender Problemstellungen wie Klimawandel oder Ernährungsunsicherheit, die internationale Kooperation unter eben diesen Großmächten erfordern. Als Hauptherausforderer des bisherigen regelbasierten Systems sehen die USA Russland und China, wobei zwischen beiden Staaten deutlich differenziert wird: Zwar wird Russland, das seine Missachtung der internationalen Ordnung mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine unter Beweis gestellt hat, als unmittelbare Bedrohung definiert. Doch nur China wird als internationaler Konkurrent angesehen, der nicht nur die Absicht hat, die internationale Ordnung zu verändern, sondern im Gegensatz zu Russland auch zunehmend über die notwendigen wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und technologischen Mittel verfügt. China stellt demnach Amerikas größte geopolitische Herausforderung („America’s most consequential geopolitical challenge“) dar, die sich in erster Linie im Indo-Pazifik äußert, jedoch umfassende globale Konsequenzen nach sich zieht.¹³

Aus diesem Grund definiert die nachgeordnete National Defense Strategy vier Prioritäten für die amerikanische Verteidigung: (1) Verteidigung des Heimatlandes angesichts der wachsenden multidisziplinären Bedrohung durch China, (2) Abschreckung strategischer Angriffe gegen die USA, Verbündete und Partner, (3) Abschreckung von Aggressionen bei gleichzeitiger Bereitschaft, sich in einem Konflikt durchzusetzen, wenn dies erforderlich ist – vorrangig mit Blick auf die Herausforderung China im indopazifischen Raum, danach mit Blick auf Russland in Europa – und (4) Aufbau einer belastbaren gemeinsamen Streitkraft und eines stabilen Verteidigungsökosystems.¹⁴ Um diese Prioritäten durchzusetzen, setzen die USA auf den Ansatz der integrierten Abschreckung. Während vergangene Konzepte von Abschreckung sich vorwiegend auf die militärischen und nuklearen Komponenten konzentrierten, soll die „integrated deterrence“ über alle Dimensionen der Kriegsführung hinweg und unter Einbindung aller Mittel nationaler Macht gemeinsam mit Partnern und Verbündeten erfolgen.¹⁵

Die stärkere strategische Fokussierung auf den Indo-Pazifik wird einerseits von einem breiten, überparteilichen Konsens in Washington getragen, andererseits von einem in Deutschland und Europa deutlich unterschätzten Gebot der Dringlichkeit,

sich auf China und sein umfassendes militärisches Aufrüstungs- und Modernisierungsprogramm zu konzentrieren. Zahlreiche Wargames und Analysen in den USA weisen seit geraumer Zeit darauf hin, dass der Ausgang einer potenziellen militärischen Konfrontation mit China, z.B. im Falle einer befürchteten Invasion Taiwans, aus Sicht der militärischen Supermacht USA ungewiss sei. Demnach wären Amerikas Streitkräfte gegenwärtig kaum in der Lage, den Anforderungen eines großen regionalen Konflikts gerecht zu werden und dabei ihre Aktivitäten in anderen Regionen aufrechtzuerhalten, geschweige denn in zwei großen regionalen Konflikten gleichzeitig erfolgreich zu bestehen.¹⁶ In jedem Fall wäre eine militärische Konfrontation mit extrem hohen Kosten für die USA verbunden, die ihre globale Position langfristig beeinträchtigen würden.¹⁷

Der Ukraine-Krieg stellt insofern für die USA einen wichtigen Weckruf dar, als er Rückschlüsse auf die Anforderungen eines militärischen Großmachtkonflikts erlaubt und amerikanische Defizite aufzeigt. So schlagen jüngste Studien Alarm, dass Amerikas rüstungsindustrielle Basis für das aktuelle konfliktive Sicherheitsumfeld nicht gewappnet ist. Zwar sind die Anforderungen eines Luft-See-Krieges im Indo-Pazifik andere als die eines Luft-Land-Krieges in

Europa, doch würden den Vereinigten Staaten bei einem größeren regionalen Konflikt relativ schnell wichtige Munitionsarten wie präzisionsgelenkte Langstreckenraketen ausgehen. Dieser Umstand würde es nicht nur erschweren, einem langwierigen militärischen Konflikt standzuhalten, sondern auch die Abschreckung gegenüber einer Aggression im Indo-Pazifik untergraben.¹⁸

Zwar lässt die offizielle National Military Strategy der Biden-Administration, die die strategische Ausrichtung des US-Militärs vorgibt, noch auf sich warten, doch zeichnen sich seit geraumer Zeit militärische Modernisierungsprozesse in den USA ab, die auf den Operationsraum Indo-Pazifik zugeschnitten sind. So umfasst der Etat für das Pentagon im Fiskaljahr 2023 \$816,7 Mrd., die u.a. für den Ausbau der US Navy sowie für Investitionen in technologische Innovationen vorgesehen sind.¹⁹ Zudem bauen die USA ihre militärische Präsenz im Indo-Pazifik kontinuierlich aus. Budgetär schlägt sich das u.a. in der Pacific Deterrence Initiative (PDI) nieder, die 2023 \$11,5 Mrd. für die Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit der US-Streitkräfte im Indo-Pazifik angesichts der wachsenden militärischen Macht Chinas vorsieht. Im Vergleich hierzu beträgt der Posten für das europäische Pendant, die European Deterrence



Abbildung 3:
EDI versus PDI²⁰

Initiative (EDI), die 2014 von Präsident Obama infolge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland etabliert wurde, inzwischen weniger als die Hälfte (siehe Abb. 3).

Zudem bauen die USA ihre militärische Präsenz im Indo-Pazifik kontinuierlich aus.

In diesem Kontext sind auch Amerikas Ausbau von Sicherheitspartnerschaften mit Ländern wie Japan, Australien oder den Philippinen, die Intensivierung gemeinsamer militärischer Übungen und Programme zum Aufbau von Kapazitäten für die maritime und Cyber-Sicherheit zu werten, die den militärischen Fußabdruck der USA in der Region deutlich ausweiten. Weitere tiefgreifende Schritte dieser Art sind in den kommenden Monaten zu erwarten, wie es aus dem Pentagon heißt: „[...] 2023 is likely to stand as the most transformative year in US force posture in the region in a generation“.²¹ Gleichzeitig werden in den USA Lehren aus der vermeintlich militärischen Schwäche Russlands gezogen und teilweise bereits über dementsprechende Anpassungen der amerikanischen Streitkräftestruktur in Europa nachgedacht.

4. Time for Europe to step up – Empfehlungen

Der Krieg in der Ukraine forciert Dependenzentwicklungen, die der eigentlichen Notwendigkeit zuwiderlaufen, das Ungleichgewicht in der transatlantischen Kooperation abzubauen. Von US-Seite ist die stärkere Forderung nach einem ausgewogeneren Burden-Sharing und mehr europäischer Eigenverantwortung zu erwarten, die in erster Linie Deutschland adressieren wird. Kurzfristig gesehen kann Europa aufgrund der innenpolitischen Debatte in den USA gezwungen sein, Kürzungen bei amerikanischen Unterstützungsleistungen für die Ukraine zu kompensieren. Mittel- bis langfristig ist es aufgrund von Amerikas Schwerpunktverlagerungen unabdingbar, Europas Beitrag für die europäische Sicherheit auszubauen und in begrenztem Maße Handlungsfähigkeit unabhängig von den USA zu erlangen. Daraus ergeben sich aus deutscher Sicht eine Reihe von Handlungsfeldern:

4.1 Sich kritischen Debatten stellen

Deutschland sollte den Austausch zwischen deutschen und amerikanischen Entscheidungsträgern intensivieren, um die transatlantische Partnerschaft auch zukünftig auf ein starkes Fundament zu stellen.

Trotz der mehr als 70-jährigen euro-atlantischen Partnerschaft ist das gegenseitige Verständnis und Wissen deutlich begrenzt. Die europäische Verwunderung über den Inflation Reduction Act (IRA) steht exemplarisch für das mangelnde Wissen über die innenpolitische Debatte und politische Prozesse in den USA. Ähnlich herrscht auf amerikanischer Seite Unverständnis über deutsche Positionen mit Blick auf Klimafragen oder China vor. Erschwerend kommt hinzu, dass nachrückende Generationen auf beiden Seiten des Atlantiks nicht mehr durch den Kalten Krieg sozialisiert wurden, sondern von den Kriegen im Mittleren Osten und der Großmacht-rivalität geprägt sind, so dass der Wert starker transatlantischer Beziehungen nicht mehr unmittelbar auf der Hand liegt. Aus deutscher Perspektive ist es daher notwendig, die Möglichkeiten des nachhaltigen Austausches zwischen deutschen und amerikanischen Entscheidungsträgern auszubauen. Parlamentarische Austauschgelegenheiten des Bundestags, von politischen Stiftungen oder anderen Institutionen sollten sich einerseits bewusst auf die Vernetzung mit Entscheidungsträgern fokussieren, die Amerikas Allianzverhalten, seine Beiträge für Europa und die Ukraine kritisch sehen. Deutsche Entscheidungsträger müssen sich diesen schwierigen Debatten stellen, um auch neoisolationistischen Kräften den Mehrwert der transatlantischen Partnerschaft zu erklären. Andererseits sollten auch Kontakte jenseits der Ost- und Westküste auf bundesstaatlicher Ebene intensiviert werden, um die Perspektive der „flyover“-Staaten nicht aus den Augen zu verlieren und die innenpolitische Debatte in den USA besser verstehen zu können.

4.2 Transparent und kohärent

Deutschland sollte seine strategische Kommunikation verbessern sowie kurz- und mittel- bis langfristige Pläne für eine ausgewogene Lastenteilung präsentieren.

Deutschland hat ein strategisches Kommunikationsproblem, das in den USA das Narrativ von deutschem „free-riding“ nährt. Die durchaus beachtlichen Unterstützungsmaßnahmen, die die Bundesrepublik im Zuge des Krieges für die Ukraine erbracht hat, rücken angesichts der fehlenden Kohärenz deutscher Politik und des Zögerns von Seiten des Bundeskanzleramts in den Hintergrund. Deutschland sollte daher gemeinsam mit europäischen Partnern die erbrachten Leistungen, Beiträge und zu kompensierende Kosten infolge des Krieges transparenter, konsistenter und zielgerichteter gegenüber amerikanischen Entscheidungsträgern kommunizieren. Das Aufzeigen von genuin europäischen Zusatzbelastungen wie die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen oder die wirtschaftlichen und energiepolitischen Konsequenzen des Krieges darf nicht als Ausrede für Untätigkeit dienen, kann aber helfen, Verständnis für die europäische Position zu schaffen.

Die USA erwarten, dass die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine vor allem von Europa getragen werden.

Gleichzeitig sollte in diesem Zusammenhang glaubhaft signalisiert werden, dass man von europäischer Seite die Problematik der Lastenverteilung erkannt hat, und Pläne vorlegen, um die ausgeprägte Asymmetrie in den transatlantischen Beziehungen zu adressieren. Hierbei geht es nicht unbedingt um ein Quidproquo, bei dem jeder für Waffenlieferungen ausgegebene US-Dollar durch Euro ausgeglichen wird. Kurzfristig erfordert dies eine realisierbare Roadmap zur Steigerung der militärischen Unterstützungsleistungen in enger Abstimmung mit Washington – vor allem dann, wenn die USA ihren Beitrag schmälern sollten. Mittel- bis langfristig herrscht in den USA die klare Erwartungshaltung vor, dass die Kosten für den längerfristigen Wiederaufbau der Ukraine, der Berechnungen zufolge inzwischen mehr als €500 Mrd. in Anspruch nehmen wird, in erster Linie von Europa getragen werden. Kluge Vorschläge wie die Neuauflegung eines Marshall-Plans für die Ukraine durch den German Marshall Fund, der durch die G7-Staaten feder-

führend etabliert wird, betonen richtigerweise die Notwendigkeit von Joint Stakeholdership, bei dem die USA ihre politische Führungsrolle einbringen.²² Angesichts der Disparität in der transatlantischen Kooperation sollte Deutschland auf europäischer Ebene darauf hinwirken, genügend Finanzierungsoptionen für den Wiederaufbau der Ukraine zu konzipieren, zumal gerade die EU, die der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten verliehen hat, genuines Interesse daran hat.

4.3 Glaubwürdig und verlässlich

Deutschland sollte seine Schlüsselrolle in der europäischen Sicherheit wahrnehmen und mit ausreichend politischem Willen und militärischen Kapazitäten realisieren.

Der von Bundeskanzler Scholz formulierte Anspruch, als wirtschaftlich stärkstes Land im Zentrum Europas ein „Garant der europäischen Sicherheit zu werden“, ist richtig und mit Blick auf das ausgeprägte Ungleichgewicht in den transatlantischen Beziehungen alternativlos.²³ Ein verteidigungsfähiges Deutschland und eine den Anforderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes entsprechend ausgestattete Bundeswehr, die ihre Verpflichtungen innerhalb der NATO erfüllen und somit einen Beitrag zur konventionellen Abschreckung und kollektiven Verteidigung leisten kann, sind Voraussetzung für eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur – vor allem dann, wenn die USA mehr Ressourcen auf den Indo-Pazifik konzentrieren. Trotz einiger Weichenstellungen zur Behebung offenkundiger Defizite in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist Deutschland ein Jahr nach der Zeitenwende noch weit davon entfernt, die Schlüsselrolle in Europas Sicherheit erfüllen zu können. Von den €100 Mrd. Sondervermögen sind Ende letzten Jahres zwar Beschaffungen (u.a. F-35-Kampfbomber, neue schwere Transporthubschrauber) für ca. €8,5 Mrd. beschlossen worden, doch ist bisweilen „noch kein Cent aus dem Sondervermögen“ bei den Soldatinnen und Soldaten angekommen.²⁴ Mit dem Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwBBG) wurden zeitlich begrenzt bis Ende 2026 Vergabeprozesse für militärische Ausrüstung beschleunigt, jedoch ändert dies nichts an der Komplexität der Beschaffungsprozesse, den strukturellen Problemen des Beschaffungsamtes

und jahrzehntelang gewachsenen Organisationskulturen. Auch das Zwei-Prozent-Ziel der NATO rückt weiter in die Ferne: Die Verteidigungsausgaben belaufen sich dank Ausgaben aus dem Sondervermögen zwar auf €58,6 Mrd., der reguläre Verteidigungsetat ist im Vergleich zum Vorjahr

Ein verteidigungsfähiges Deutschland ist Voraussetzung für eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur.

allerdings um €300 Mio. auf €50,1 Mrd. gesunken und liegt aktuell bei 1,6 % des BIP.²⁵ Von verschiedenen Seiten wird zu Recht eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben gefordert – €300 Mrd. Sondervermögen von der Wehrbeauftragten, ein dauerhafter Verteidigungsetat von rund €60 Mrd. von Verteidigungsminister Boris Pistorius. Es mangelt an Konzepten, Reformen und finanziellen Mitteln, um die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen. Dabei hat sich Deutschland in anderen Bereichen, vor allem bei der Diversifikation seiner Energiequellen seit Kriegsbeginn, als agil und anpassungsfähig erwiesen. Mit Blick auf das Burden-Sharing erwarten die USA, dass Deutschland endlich seine eigenen Zusagen einhält und eine vergleichbare Entschlossenheit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik demonstriert.

4.4 European Strategic Responsibility

Deutschland sollte darauf hinwirken, Europas konventionellen Verteidigungsbeitrag in der euro-atlantischen Zusammenarbeit zu stärken.

Der Krieg in der Ukraine stellt für Europa eine Zäsur dar, schafft allerdings auch eine Reihe von Klarheiten. Zum einen kann die Debatte um Europas strategische Autonomie – zumindest im sicherheits- und verteidigungspolitischen Sinne – als zugunsten der transatlantischen Kräfte beigelegt erachtet werden: Obgleich sich die EU im Zuge des Krieges als wertvoller sicherheitspolitischer Akteur (Stichwort EFP) positioniert hat, bleibt die NATO auf absehbare Zeit das zentrale Bündnis für die europäische Verteidigung. Europäische Initiativen sollten folglich auf

die Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO abzielen. Diese Ansicht dürfte auch von nord- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten geteilt werden, die im Gegensatz zu Frankreich, dem größten Befürworter von strategischer Autonomie, zu treibenden Kräften in der Unterstützung für die Ukraine wurden und dem Konzept von Beginn an skeptisch gegenüberstanden. Zum anderen hat sich das Gravitationszentrum innerhalb der EU durch das Engagement der osteuropäischen Staaten mehr gen Osten verschoben, weshalb diese Staaten künftig mehr Mitsprache und Gestaltungswillen innerhalb der EU ausüben wollen werden. Darüber hinaus hat der Krieg die Notwendigkeit einer engen sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Vereinigten Königreich unterstrichen, die zukünftig mehr forciert werden sollte.

Die Neujustierung der transatlantischen Sicherheitskooperation erfordert einen deutlich stärkeren konventionellen Beitrag Europas zur Abschreckung und kollektiven Verteidigung – nicht um die USA zu ersetzen, sondern um sie zu befähigen, Ressourcen für den Indo-Pazifik freizusetzen und aus europäischer Sicht im Konfliktfall Änderungen in der US-Streitkräftestruktur kompensieren zu können. Die USA haben nach wie vor ein starkes Interesse an einer stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur, beide Operationsräume sind miteinander verlinkt. Die EU kann eine tragende Rolle einnehmen, indem sie den notwendigen militärischen Fähigkeitsaufbau unter den Gesichtspunkten von Effizienz und Komplementarität zur NATO fördert und koordiniert. Ein weiterer Fokus europäischer Anstrengungen muss darauf liegen, Europas Eigenverantwortung und Handlungsfähigkeit in Europas südlicher Nachbarschaft (z.B. Afrika und Mittelmeerraum) zu erhöhen. Europäische Partner müssen darauf hinarbeiten, Operationen zur Krisenbewältigung in Europas Peripherie durchzuführen, ohne dabei wie bislang auf amerikanische Schlüsselfähigkeiten wie Luftbetankung, strategischen Lufttransport, Überwachung und Lagebilderstellung oder vernetzte Operationsführung angewiesen zu sein.²⁶ Für die militärische Einsatzfähigkeit bedeutet dies, neue Formen der Kooperation auszuloten, die nicht unbedingt dem von Deutschland präferierten, ganzheitlich integrativen EU-Ansatz entsprechen, sondern Modelle mit Drittstaaten oder Ad-hoc-Koalitionen/„coalitions-of-the-willing“ vorsehen.

All dies bedeutet nicht, dass die Idee, die sich hinter strategischer Autonomie verbirgt – die EU als sicherheits- und geopolitisch relevanten Akteur zu positionieren, der weniger abhängig von den USA operieren kann – obsolet geworden ist. Seit geraumer Zeit ist zu beobachten, wie dem Konzept in anderen Bereichen wie Technologie, Digitalisierung etc. eine umfassendere Bedeutung zuteilwird. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist es allerdings ratsam, weniger negativ konnotierte Leit motive zu verfolgen. Die in den Niederlanden, Finnland oder Estland präferierte Vorstellung einer „European Strategic Responsibility“, die einen Ausbau des europäischen Beitrags zur regionalen Sicherheit in Europa in den Mittelpunkt stellt und gleichzeitig auf eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaft setzt, könnte wertvolle, konsensfähigere Impulse liefern.²⁷

4.5 Mehr Europa

Deutschland sollte den Abbau von Kooperationshemmnissen in der gemeinsamen Verteidigungsplanung und -beschaffung innerhalb der EU forcieren – mit Hilfe der USA.

Der hohe Verbrauch von Munition und militärischem Gerät im Ukraine-Krieg hat Defizite in Europas militärischen Beständen und industriellen Kapazitäten offenbart, die zur Aufrechterhaltung eines langwierigen militärischen Konflikts erforderlich sind. Dies veranlasst viele europäische Länder dazu, ihre Verteidigungshaushalte zu erhöhen, um unterfinanzierte Armeen adäquat auszurüsten und eine über Jahre hinweg gedrosselte europäische Verteidigungsindustrie zu höheren Produktionsleistungen zu befähigen – allesamt Entwicklungen, auf die die letztjährigen Initiativen der EU eigentlich hinwirken wollten.

Eine wahrliche Transformation der europäischen Verteidigung lässt jedoch auf sich warten: Die höheren Verteidigungsausgaben führen bislang keineswegs zu mehr innereuropäischer Kooperation. Anstatt ihre Verteidigungsplanungen zu koordinieren, bauen EU-Mitgliedstaaten ihre militärischen Fähigkeiten individuell aus – meist mittels Käufen von „off-the-shelf“-Equipment aus den USA.²⁸ Im Zuge dessen verstärkt sich das Problem einer fragmentierten, gegenüber den USA nicht wettbewerbsfähigen rüstungsindustriellen Basis, die wiederum für eine eigenverantwortlichere Rolle Europas notwendig ist. Natürlich ist der Spagat zwischen dem

schnellen Schließen von Fähigkeitslücken (Stichwort European Sky Shield Initiative) und der Förderung des verteidigungsindustriellen Ökosystems in Europa nicht einfach. Auch können die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herausforderungen, die einer besseren verteidigungspolitischen Integration bislang im Weg standen, nicht kurzfristig gelöst werden.

Die höheren Verteidigungsausgaben führen bislang keineswegs zu mehr inner-europäischer Kooperation.

Allerdings sollte gerade Deutschland die Kooperation zwischen europäischen Staaten forcieren und ihr mittel- bis langfristig Priorität einräumen. Die EU ist in besonderer Weise und weitaus besser als die NATO dazu geeignet, die notwendige Integrations- und Koordinierungsrolle für Verteidigungsplanungen und Beschaffungsprozesse unter den Mitgliedstaaten zu übernehmen. Hier mangelt es weniger an Initiativen, sondern eher an (finanziellen) Anreizsystemen, um Mitgliedstaaten zu mehr Kooperation zu animieren. Der Plan der EU, ähnlich wie im Falle von Corona-Vakzinen Europas Gewicht auf dem Markt zu bündeln und gemeinsam Munition (155-mm-Artilleriegranaten) für die Ukraine über die Europäische Verteidigungsagentur zu bestellen, ist begrüßenswert und sollte als Blaupause für größere gemeinsame Beschaffungen von militärischem Gerät dienen. Mit einem derartigen gemeinsamen Beschaffungswesen könnten die Mitgliedstaaten nicht nur Kosten gegenüber Einzelbestellungen reduzieren, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Ankurbelung der europäischen Produktionskapazitäten, zur Defragmentierung der europäischen Rüstungslandschaft und zur Interoperabilität europäischer Armeen leisten.

Hierbei bedarf es einer ehrlichen Auseinandersetzung mit den USA, die in der Vergangenheit europäischen Initiativen, die amerikanische Rüstungsunternehmen vom europäischen Markt ausgeschlossen, kritisch gegenüberstanden: „American arms sales to Europe have come at a cost to the transatlantic alliance.“²⁹ Falls den USA wirklich an einer verantwortungsvolleren Rolle Europas in

der europäischen Sicherheit gelegen ist, so sollte Washington seinen Einfluss in Europa insofern geltend machen, nicht nur auf höhere Verteidigungsetats zu insistieren, die größtenteils in amerikanische Rüstungsexporte fließen, sondern Kooperation unter europäischen Verbündeten anzuregen und notwendige Reformen auf europäischer Ebene zu unterstützen.

5. Fazit

Die angesprochenen Faktoren und Trends der amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind keineswegs neu. Dennoch bleibt ein entschlossenes Handeln von deutscher und europäischer Seite seit Jahren aus. Infolge des Krieges in der Ukraine hat sich Europas strategische Abhängigkeit von den USA für die europäische Sicherheit weiter verstärkt und lässt alte Muster sowie inhärente europäische Probleme zum Vorschein treten. All diese Entwicklungen bekräftigen

einen Status quo in der transatlantischen Sicherheitskooperation, der in dieser Form nicht länger tragbar ist. Die USA haben nach wie vor ein starkes Interesse an einer stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur, allerdings werden Deutschland und Europa die skizzierten Entwicklungen in Amerika kaum aufhalten können. Blickt man auf die amerikanische Präsidentschaftswahl 2024 oder eine potenzielle Eskalation im Indo-Pazifik, z.B. im Falle einer befürchteten Invasion Taiwans, könnte sich das zur Verfügung stehende Zeitfenster für die Neujustierung der transatlantischen Beziehungen sehr schnell schließen. Der Zeitpunkt, das euroatlantische Ungleichgewicht ernsthaft anzugehen und die Eigenverantwortung für die europäische Sicherheit zu stärken, ist folglich jetzt. Deutschland und Europa wären daher gut beraten, nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen.

Weiterführende Literaturhinweise

Bergmann, Max und Sophia Besch (2023): „Why European Defense Still Depends on America“, in: Foreign Affairs, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/why-european-defense-still-depends-america>, Stand: 10.3.2023.

Binnendijk, Hans et al. (2022): „Strategic responsibility: Rebalancing European and trans-Atlantic defense“, in: Brookings, <https://www.brookings.edu/articles/strategic-responsibility-rebalancing-european-and-trans-atlantic-defense/>, Stand: 21.3.2023.

Cancian, Mark et al. (2023): „The First Battle of the Next War: Wargaming a Chinese Invasion of Taiwan“, in: Center for Strategic and International Studies, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/230109_Cancian_FirstBattle_NextWar.pdf?VersionId=WdEUwJYWI-ySMPIr3ivhFolxC_gZQuSOQ, Stand: 14.2.2023.

Ganster, Ronja et al. (2022): „Designing Ukraine’s Recovery in the Spirit of the Marshall Plan: Principles, Architecture, Financing, Accountability: Recommendations for Donor Countries“, in: The German Marshall Fund of the United States, <https://www.gmfus.org/news/designing-ukraines-recovery-spirit-marshall-plan>, Stand: 22.3.2023.

Jones, Seth (2023): „Empty Bins in a Wartime Environment – The Challenge to the U.S. Defense Industrial Base“, in: Center for Strategic and International Studies, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-01/230119_Jones_Empty_Bins.pdf?VersionId=mW3OOngwul8V2nR2EHKBYxkpiOzMiS88, Stand: 14.2.2023.

Libek, Elina (2019): „European Strategic Autonomy: A Cacophony of Political Visions“, in: International Centre for Defense and Security, <https://icds.ee/en/european-strategic-autonomy-a-cacophony-of-political-visions/>, Stand: 21.3.2023.

Monaghan, Sean (2023): „Solving Europe’s Defense Dilemma“, in: Center for Strategic and International Studies, <https://www.csis.org/analysis/solving-europes-defense-dilemma-overcoming-challenges-european-defense-cooperation>, Stand: 3.3.2023.

Trebesch, Christoph et al. (2023): „Ukraine Support Tracker“, in: Kiel Institut für Weltwirtschaft, <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>, Stand: 3.3.2023.

Wood, Dakota (ed.) (2023): „2023 Index of U.S. Military Strength“, in: The Heritage Foundation, http://thf_media.s3.amazonaws.com/2022/Military_Index/2023_IndexOfUSMilitaryStrength.pdf, Stand: 14.2.2023.

Anmerkungen

- ¹ Scholz, Olaf (2022): „Die globale Zeitenwende: Wie ein neuer Kalter Krieg in einer multipolaren Ära vermieden werden kann“, in: Foreign Affairs, <https://www.foreign-affairs.com/germany/die-globale-zeitenwende>, Stand: 9.2.2023.
- ² Eigene Darstellung nach Trebesch, Christoph et al. (2023): „Ukraine Support Tracker – Update 4.4.2023“, in: Kiel Institut für Weltwirtschaft, <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>, Stand: 17.4.2023.
- ³ „One Year of Support to Ukraine: US Leads, EU Follows“ (2023), in: Kiel Institut für Weltwirtschaft, <https://www.ifw-kiel.de/publications/media-information/2023/one-year-of-support-to-ukraine-us-leads-eu-follows/>, Stand: 6.3.2023.
- ⁴ Eigene Darstellung nach Trebesch, Christoph et al. (2023): „Ukraine Support Tracker – Update 4.4.2023“, in: Kiel Institut für Weltwirtschaft, <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>, Stand: 17.4.2023.
- ⁵ Vgl. Busse, Nicolas (2023): „Würde Amerika Europa gegen Russland verteidigen?“, in: Frankfurter Allgemeine, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-wuerde-die-usa-europa-gegen-russland-verteidigen-18718193.html>, Stand: 10.3.2023.
- ⁶ Vgl. „Most Important Problem“ (2023), in: Gallup, <https://news.gallup.com/poll/1675/most-important-problem.aspx>, Stand: 10.3.2023.
- ⁷ Dunn, Amina (2023): „As Russian invasion nears one-year mark, partisans grow further apart on U.S. support for Ukraine“, in: Pew Research Center, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2023/01/31/as-russian-invasion-nears-one-year-mark-partisans-grow-further-apart-on-u-s-support-for-ukraine/>, Stand: 7.2.2023.
- ⁸ Goodwin, Liz et al. (2023): „A Republican ‘civil war’ on Ukraine erupts as Reagan’s example fades“, in: The Washington Post, <https://www.washingtonpost.com/politics/2023/03/15/republican-ukraine-support/>, Stand: 21.3.2023.
- ⁹ Vgl. „Rethinking American Strength“ (2022), in: Eurasia Group Foundation, <https://egfound.org/2022/10/rethinking-american-strength/>, Stand: 10.3.2023.
- ¹⁰ „National Security Strategy of the United States 2017“ (2017), in: Trump White House Archives, <https://trump-whitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf>, Stand: 15.2.2023.
- ¹¹ Vgl. „National Security Strategy“ (2022), in: The White House, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>, Stand: 15.2.2023, S. 7.
- ¹² „National Security Strategy“, in: The White House (2022), <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>, Stand: 15.2.2023, S. 6.
- ¹³ Ebd. S. 11.
- ¹⁴ Vgl. „National Defense Strategy“ (2022), in: U.S. Department of Defense, <https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/3202438/dod-releases-national-defense-strategy-missile-defense-nuclear-posture-reviews/>, Stand: 15.2.2023.
- ¹⁵ Ebd. S. 8 ff.
- ¹⁶ Wood, Dakota (ed.) (2023): „2023 Index of U.S. Military Strength“, in: The Heritage Foundation, http://thf_media.s3.amazonaws.com/2022/Military_Index/2023_IndexOfUSMilitaryStrength.pdf, Stand: 14.2.2023.
- ¹⁷ Vgl. Cancian, Mark et al. (2023): „The First Battle of the Next War: Wargaming a Chinese Invasion of Taiwan“, in: Center for Strategic and International Studies, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/230109_Cancian_FirstBattle_NextWar.pdf?VersionId=WdEUwJYWlySMPir3ivhFolxC_gZQuSOQ, Stand: 14.2.2023.
- ¹⁸ Vgl. Jones, Seth (2023): „Empty Bins in a Wartime Environment – The Challenge to the U.S. Defense Industrial Base“, in: Center for Strategic and International Studies, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-01/230119_Jones_Empty_Bins.pdf?VersionId=mW30Ongwul8V2nR2EHKBYxkpiOz-MiS88, Stand: 14.2.2023.
- ¹⁹ Vgl. „Summary of the Fiscal Year 2023 National Defense Authorization Act“ (2022), in: U.S. Senate Committee on Armed Services, https://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/fy23_ndaa_agreement_summary.pdf, Stand: 1.3.2023.
- ²⁰ Eigene Darstellung basierend auf „European Deterrence Initiative“ (2022), in: U.S. Department of Defense, https://comptroller.defense.gov/Portals/45/Documents/defbudget/FY2023/FY2023_EDJ_JBook.pdf, Stand: 31.1.2023; „The European Deterrence Initiative: A Budgetary Overview“ (2021), in: Congressional Research Service, <https://sgp.fas.org/crs/natsec/IF10946.pdf>, Stand: 31.1.2023; „Pacific Deterrence Initiative“ (2022), in: U.S. Department of Defense, https://comptroller.defense.gov/Portals/45/Documents/defbudget/FY2023/FY2023_Pacific_Deterrence_Initiative.pdf, Stand: 31.1.2023; „Summary of the Fiscal Year 2023 National Defense Aut-

horization Act" (2022), in: U.S. Senate Committee on Armed Services, https://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/fy23_ndaa_agreement_summary.pdf, Stand: 1.3.2023.

²¹ „Unpacking the Pentagon’s 2022 China Military Power Report – DOD Officials Speak at American Enterprise Institute" (2023), in: U.S. Department of Defense, <https://www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript/Article/3243456/unpacking-the-pentagons-2022-china-military-power-report-dod-officials-speak-at/>, Stand: 2.3.2023.

²² Ganster, Ronja et al. (2022): „Designing Ukraine’s Recovery in the Spirit of the Marshall Plan: Principles, Architecture, Financing, Accountability: Recommendations for Donor Countries", in: The German Marshall Fund of the United States, <https://www.gmfus.org/news/designing-ukraines-recovery-spirit-marshall-plan>, Stand: 22.3.2023.

²³ Scholz (2022) (wie Anm. 1).

²⁴ „Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte – Jahresbericht 2022" (2023), in: Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/057/2005700.pdf>, Stand: 17.3.2023.

²⁵ Vgl. „Verteidigungshaushalt und Sondervermögen für 2023 weisen Weg in die Zukunft" (2022), in: Bundesministerium der Verteidigung, <https://www.bmvg.de/de/presse/verteidigungshaushalt-sondervermoe-gen-2023-5524236>, Stand: 27.3.2023.

²⁶ Vgl. Binnendijk, Hans et al. (2022): „Strategic responsibility: Rebalancing European and trans-Atlantic defense", in: Brookings, <https://www.brookings.edu/articles/strategic-responsibility-rebalancing-european-and-trans-atlantic-defense/>, Stand: 21.3.2023.

²⁷ Vgl. Libek, Elina (2019): „European Strategic Autonomy: A Cacophony of Political Visions", in: International Centre for Defense and Security, <https://icds.ee/en/european-strategic-autonomy-a-cacophony-of-political-visions/>, Stand: 21.3.2023.

²⁸ Vgl. Monaghan, Sean (2023): „Solving Europe’s Defense Dilemma", in: Center for Strategic and International Studies, <https://www.csis.org/analysis/solving-europes-defense-dilemma-overcoming-challenges-european-defense-cooperation>, Stand: 3.3.2023.

²⁹ Vgl. Bergmann, Max und Sophia Besch (2023): „Why European Defense Still Depends on America", in: Foreign Affairs, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/why-european-defense-still-depends-america>, Stand: 10.3.2023.

ANDREA ROTTER

Referatsleiterin Außen- und Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der transatlantischen Sicherheitskooperation, amerikanischen Außenpolitik sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Impressum:

Hrsg. von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Prof. Dr. Diane Robers, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär: Oliver Jörg
ISSN print: 2940-6560
ISSN online: 2940-6579